Niederschrift

über die 16. Sitzung der Gemeindevertretung Midlum am Dienstag, dem 30.06.2020, im Feuerwehrgerätehaus Midlum.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 20:00 Uhr - 23:00 Uhr

Gemeindevertreter

Frau Frauke Vollert

Bürgermeisterin

Herr Simon Feddersen

Frau Hellen Früchnicht

1. stellv. Bürgermeisterin

Herr Ricklef Hinrichsen

Herr Uwe Jensen

2. stellv. Bürgermeister

Herr Sascha Jessen

Frau Jose Quedens

Herr Wögen Volkerts

von der Verwaltung

Jane Asmussen

Protokollführerin

Herr Hauke Borges

Zu TOP 8

Entschuldigt fehlen:

Gemeindevertreter

Herr Dr. Gerd Wenner

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung und Beschlussfassung von Tagesordnungspunkten
- 4 . Einwendungen gegen die Niederschrift über die 14. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 5 . Einwohnerfragestunde
- 6 . Bericht der Bürgermeisterin
- 7 . Bericht der Ausschussvorsitzenden
- 8 . Erhebung von Straßenbaubeiträgen
hier: Entscheidung ob in der Gemeinde Straßenbaubeiträge erhoben werden sollen
Vorlage: Mid/000122

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Vollert begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

2. Anträge zur Tagesordnung

Es liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor

3. Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung und Beschlussfassung von Tagesordnungspunkten

Da die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls sowie die berechtigten Interessen Einzelner es erforderlich machen, spricht sich die Gemeindevertretung einstimmig dafür aus, die Tagesordnungspunkte 9 bis 12 nichtöffentlich beraten zu lassen.

4. Einwendungen gegen die Niederschrift über die 14. Sitzung (öffentlicher Teil)

Es bestehen keine Einwände gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die 14. Sitzung der Gemeindevertretung.

5. Einwohnerfragestunde

Die Vorsitzende begrüßt den anwesenden Gast. Es liegen keine Anfragen vor.

6. Bericht der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Vollert berichtet, dass die ersten beiden Gemeindevertretungen des Jahres ausgefallen seien.

Des Weiteren berichtet die Vorsitzende:

Es seien Rauchmelder für das Feuerwehrhaus angeschafft worden. Diese würden über eine Handy-App laufen.

Im Dorf seien zusätzliche Mülleimer aufgestellt worden. Ein Dank gehe an alle Helfer.

Zwei neue Bänke seien bestellt worden, die in der nächsten Woche kommen sollen.

Es seien Leitpfähle an der Straße zur Schule gesetzt worden. Seitdem sei der Verkehr ruhiger geworden.

Am 15.02. des Jahres hätte das Bäumesägen und die Dorfreinigung stattgefunden.

Am 21.02. habe das Biikebrennen stattgefunden.

Bei der Bürgermeisterrunde am 12.03. seien aufgrund der Corona-Pandemie die ersten Veranstaltungsabsagen und Schließungen diverser Einrichtungen (Schulen usw.) bekannt gemacht worden. Am 16.03. sei es dann zu einem Lockdown gekommen. Unter anderem wurden die Inseln für Urlauber und Touristen abgeriegelt. In einer weiteren Bürgermeisterrunde am 30.04. sei beraten worden, wie die Inseln wieder geöffnet werden sollen. Dies habe gut geklappt. Zum Beispiel werde der Schulbetrieb voraussichtlich nach den Sommerferien weitergeführt.

Am 28.05. habe eine Sitzung zum Thema Quartierskonzept stattgefunden. Es lägen alle Förderbescheide vor und die Ausschreibungen für die Auftragsvergabe an ein Büro laufen.

Der Zweckverband Tourismushabe am 03.06. im Kurgartensaal getagt:

- FöhrGreen werde im Herbst an die Öffentlichkeit gehen. Das Konzept beschäftige sich mit dem Thema Nachhaltigkeit in Bereichen wie beispielsweise Gastronomie, Unterkünfte und Hersteller.
- Im Jahr 2019 seien 17.000 Tageskarten verkauft worden.
- Die Jahreskurkarten sollen weiterhin manuell mit Bild (für die Zweitwohnungsbesitzer) angefertigt werden.
- Die Idee einer Föhr-Amrum-Karte müsse noch weiter ausgearbeitet werden.
- Das alte Hafenamts sei jetzt der „Föhr to Huus“ Souvenirshop.
- Die Tourismusstände der Gemeinden Nieblum und Utersum seien renoviert worden.
- Events seien nun auch im Winter geplant, um Gäste anzulocken.

Am 04.06. habe die Kindergartensitzung im Pastorat stattgefunden. Die Veröffentlichung der Kita-Reform sei vom 01.08.2020 auf den 01.01.2021 verschoben worden.

Der Amtsausschuss habe am 10.06. getagt:

- Das Amt habe eine Resolution hinsichtlich eines Rettungsschirmes gefordert.
- Die Inselwerke GmbH sei nun in der Gründungsphase. Vorher seien noch Informationsveranstaltungen (jeweils eine auf Föhr und eine auf Amrum) geplant.
- Es sei überlegt worden, Tablets für die Gemeindevertreter anzuschaffen, um auch Online-Sitzungen veranstalten zu können.

7. Bericht der Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Berichte vor.

8. Erhebung von Straßenbaubeiträgen

hier: Entscheidung ob in der Gemeinde Straßenbaubeiträge erhoben werden sollen

Vorlage: Mid/000122

Herr Borges von der Verwaltung hält einen Vortrag über die Möglichkeiten zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen.

Sachdarstellung mit Begründung:

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 14.12.2017 die Änderung des § 76 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein beschlossen. Danach ist der Absatz Nr. 2 um folgenden Satz ergänzt worden:

„Eine Rechtspflicht zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen im Sinne der §§ 8 und 8a des Kommunalabgabengesetzes besteht nicht“.

Die Gesetzesänderung ist am 26.01.2018 in Kraft getreten und bedeutet, dass es den Gemeinden ab diesem Datum freigestellt ist, Beiträge zu erheben. Vor Hintergrund der Gesetzesänderung sollte jede Gemeinde entscheiden, ob zukünftig Beiträge erhoben werden sollen.

Die gesetzliche Änderung bezieht sich allerdings nur auf die Straßenbaubeiträge. Die Erhebung von Erschließungsbeiträgen richtet sich nach dem Baugesetzbuch. Diese sind unverändert verpflichtend zu erheben.

Zu den Abrechnungssystemen:

Es ist den Gemeinden möglich einmalige und seit 2012 auch wiederkehrende Beiträge zu erheben.

Beide Systeme haben gemeinsam, dass ein prozentualer Anteil der Baukosten auf die Anlieger umgelegt wird, die mit ihren Grundstücken das sog. Abrechnungsgebiet bilden. Der größte Unterschied ist nun aber, wie diese Abrechnungsgebiete festgelegt werden und wer dadurch beitragspflichtig wird.

Bei einmaligen Beiträgen bilden alle Grundstücke das Abrechnungsgebiet, welche von der ausgebauten Verkehrsanlage (der sog. öffentlichen Einrichtung) eine Möglichkeit der Inanspruchnahme besitzen. Dies sind im Regelfall alle Grundstücke, die von der Verkehrsanlage erschlossen werden.

Es werden die Kosten umgelegt, die für die Baumaßnahme an der öffentlichen Einrichtung entstanden sind. Die Beitragspflichtigen zahlen folglich für die Baumaßnahme „vor der Haustür“ einen einmaligen eher höheren Beitrag und sind erst wieder von Beitragszahlungen betroffen, wenn an dieser Straße eine weitere beitragsfähige Maßnahme umgesetzt wird.

Bei wiederkehrenden Beiträgen ist nicht die öffentliche Einrichtung, sondern das Verkehrsnetz der Gemeinde ausschlaggebend. Grundsätzlich können alle Verkehrsanlagen der Gemeinde das Abrechnungsgebiet bilden. Das Gemeindegebiet kann aber auch in mehrere Abrechnungsgebiete aufgeteilt werden. Dies kann notwendig werden, um den vorgeschriebenen räumlichen und funktionalen Zusammenhang der Straßen innerhalb eines Abrechnungsgebietes zu erhalten.

Es werden die jährlichen Baukosten umgelegt, die durch die Baumaßnahmen an den Straßen des Abrechnungsgebietes/der Abrechnungsgebiete entstanden sind. Grundgedanke des Modells der wiederkehrenden Beiträge ist, dass jeder jede Gemeindestraße in Anspruch nimmt. Die Beitragspflichtigen zahlen folglich nicht nur Beiträge für „ihre“ Straße vor der Haustür, sondern für alle Straßen im Abrechnungsgebiet. Da so die Baukosten auf viele Schultern aufgeteilt werden, sind die Beitragshöhen eher niedrig. Die jährlichen Aufwendungen für Straßenbaumaßnahmen im Abrechnungsgebiet werden auf die Beitragspflichtigen aufgeteilt. Eine Beitragspflicht besteht daher für jedes Jahr, in dem an einer Straße des Abrechnungsgebietes eine Baumaßnahme durchgeführt wird.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass jede Gemeinde entscheiden sollte, ob Beiträge erhoben werden sollen (einmalige oder wiederkehrende) oder ob auf eine Beitragserhebung verzichtet werden soll. Sollte auf eine Erhebung verzichtet werden, müssen die Baukosten für die Straßenbaumaßnahmen vollständig aus den Finanzmitteln der Gemeinde finanziert werden.

Eine Beschlussfassung hinsichtlich der Frage, ob die Gemeinde Midlum Straßenbaubeiträge in Form einmaliger oder wiederkehrender Beiträge erhebt oder aber man auf eine Erhebung verzichtet, wird in der heutigen Sitzung nicht erfolgen, da man sich noch nicht festlegen wolle. Herr Borges bittet um Rückmeldung bis Ende des Jahres.

Nach diesem Tagesordnungspunkt schließt Bürgermeisterin Vollert den öffentlichen Teil der Sitzung.

Frauke Vollert

Jane Asmussen